

Achim Schmitz: Soziale Verteidigung statt Aufrüstungs- und Abschreckungspolitik!

Redebeitrag bei der Friedenskundgebung „Die Waffen nieder – Nein zum Krieg“ Krefelder Friedensbündnis, 05.03.2022

Liebe Zuhörende,

ich stelle mich kurz vor: Ich heiße Achim Schmitz, bin in mehreren Organisationen, die zum Friedensbündnis gehören, spreche aber jetzt als Privatperson, bin auch aktiv in der Friedensbildung und beschäftige mich mit Fragen der Friedensforschung.

Am Anfang zitiere ich die Grundsatzerklärung der War Resisters' International: „Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten.“ Daher verurteile auch ich den Angriffskrieg des Putin-Regimes in Russland gegen die Ukraine aufs Schärfste. Dennoch halte ich die militärische Drohpolitik, die momentan von westlicher Seite betrieben wird, für gefährlich, da sie eine schlimme Konflikteskalation nach sich ziehen kann, die nicht mehr unter Kontrolle gebracht werden kann. Dass jetzt deutsche Waffen auch in die Ukraine geliefert wurden und neue Waffenlieferungen geplant sind („Krieg in der Ukraine“ Deutschland plant neue Waffenlieferungen, tagesschau, 3.3.2022), ist ein Schritt in diese Richtung. Zu dieser Politik, die auch eine Aufrüstungsdynamik in Gang setzen kann, gibt es Alternativen:

Die DFG-VK (Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen) und der Bund für Soziale Verteidigung, in denen ich schon lange Mitglied bin, sind Mitgliedsorganisationen der War Resisters' International. Sie haben bereits am Tag des russischen Angriffs auf die Ukraine, also am 24. Februar eine Erklärung veröffentlicht, aus der ich auszugsweise zitiere:

Wir rufen Russland auf, sofort alle Angriffe einzustellen und seine Truppen von den Grenzen zur Ukraine zurückzuziehen.

Wir rufen die ukrainische Regierung auf, auf militärischen Widerstand zu verzichten, sondern stattdessen zivilen Widerstand zu proklamieren.

Wir rufen die ukrainische Bevölkerung auf, einer möglichen von Russland eingesetzten neuen Regierung jeden Gehorsam zu verweigern. Das nennt man Soziale Verteidigung. Wenn sich alle den Anweisungen Russlands verweigern, falls Russland die Ukraine besetzt, dann kann es seine Ziele letztlich nicht erreichen.

Wir rufen auch die russische Bevölkerung und die russischen Soldat*innen auf, jeden Gehorsam gegenüber den Kriegshandlungen ihrer Regierung zu verweigern, gewaltfreien Widerstand zu leisten und eine Absetzung des Putin-Regimes herbeizuführen. Auch das gehört zur Sozialen Verteidigung.

<http://www.dfg-vk-hessen.de/aktuell/ukraine/wri-erklaerung-zum-krieg-gegen-die-ukraine/>

Ein Begriff, der hier genannt wird, ist die Soziale Verteidigung. Worum handelt es sich dabei? Eine bundesweite Friedensorganisation, der Bund für Soziale Verteidigung, schreibt auf seiner Homepage (<https://soziale-verteidigung.de/denn-eigentlich-soziale-verteidigung>) dazu am Anfang: „Soziale Verteidigung ist ein Konzept für einen gewaltfreien Widerstand, der eine Gesellschaft wirksam gegen einen militärischen Überfall von außen, aber auch gegen einen gewaltsamen Staatsstreich von innen schützen soll. Eine Gesellschaft, die Soziale Verteidigung praktiziert, kann sich damit gegen verschiedene Risiken schützen.“

In einer eigenen Definition versteht diese Organisation die Soziale Verteidigung „als die Verteidigung der Institutionen und Werte der Zivilgesellschaft mit gewaltfreien Mitteln. Verteidigung bedeutet hier die Bewahrung des Lebens und der Möglichkeiten zur sozialen Veränderung und den Widerstand gegen Unterdrückung und Ausbeutung, Militärgewalt und Menschenrechtsverletzungen hier und anderswo.“

Genau zu dieser Sozialen Verteidigung wird hier aufgerufen. Ist das realistisch, gegen eine Atommacht wie Russland zu solchen vermeintlich machtlosen Strategien Zuflucht zu nehmen? Wir werden es sehen.

Daniel Hunter beschreibt in einem auf der Homepage vom Lebenshaus Schwäbische Alb veröffentlichten Artikel (<https://www.lebenshaus-alb.de/magazin/014075.html>) Widerstandsformen, die während des laufenden Krieges vereinzelt angewandt wurden: Das Handlungsspektrum reicht von einer Aufforderung durch eine Behörde zur Veränderung von Straßenschildern, dem Aufstellen von Sandsäcken bis hin zu Blockaden von Panzern durch mutige Menschen – ungeschützt und unbewaffnet. Hunter schreibt weiter: „Die Panzerfahrer haben entweder keine Erlaubnis oder kein Interesse daran, das Feuer zu eröffnen. Sie entscheiden sich für den Rückzug. Dies wiederholt sich in Kleinstädten in der ganzen Ukraine. Diese gemeinsamen Aktionen werden oft von Bezugsgruppen durchgeführt - winzige Zellen von gleichgesinnten Freunden. In Anbetracht großer Wahrscheinlichkeit von Repressionen können diese Gruppen Kommunikationsmöglichkeiten aufbauen (in der Annahme, dass das Internet bzw. die Mobiltelefonie abgeschaltet wird) und damit ein hohes Maß an Planungsfähigkeit bewahren.“ Ähnlich wurde bereits 1968 in der Tschechoslowakei gehandelt, wo sich dann sowjetische Panzer zurückzogen.

Dass unbewaffnete bzw. gewaltfreie Aufstände erfolgreicher sind als gewaltsame, ist das Ergebnis politikwissenschaftlicher Studien, zunächst 2011 die Studie „Why Civil Resistance Works. The Strategic Logic of Nonviolent Conflict“ von Erica Chenoweth und Maria J. Stephan: Die Studie umfasst den Zeitraum von 1900 bis 2006. Stefan Maaß (Arbeitsstelle Frieden der Evangelischen Landeskirche von Baden https://www.friedensbildung-bw.de/fileadmin/friedensbildung-bw/redaktion/Aktuelles/Update-2016-Studie-Chenoweth_Stephan.pdf) geht in Anlehnung an ein zentrales Ergebnis, dass gewaltfreie Aufstände doppelt so erfolgreich sind wie bewaffnete (was auch die Autorinnen überraschte), auf spätere Forschungsergebnisse ein: Auch wenn eine Untersuchung von Kampagnen von 2010 bis 2015 weniger erfolgreiche Kampagnen ermittelt, so waren gewaltfreie Kampagnen noch immer erfolgreicher als gewaltsame. Erica Chenoweth hat weiter geforscht: Von 2004 bis 2019 lässt sich feststellen, dass gewaltfreier Widerstand nicht mehr so erfolgreich wie in den 1990er Jahren ist, aber noch immer erfolgreicher als gewaltsamer, worauf Dietrich Becker-Hinrichs hinweist:

<https://www.sicherheitneudenken.de/media/download/variant/186688>

Zum Ende meiner Rede spreche ich als Kriegsdienstverweigerer noch ein wichtiges Anliegen an: Kriegsdienstverweigerer und Deserteure brauchen unsere Unterstützung (<https://de.connection-ev.org/article:kriegsdienstverweigerer-und-deserteure-brauchen-untersta-1-4-tzung-nein-zum-krieg-ukraine>)

Der Verein Connection e.V. unterstützt Kriegsdienstverweigerer und Deserteure in verschiedenen Ländern und unterstützt sie auch, wenn sie Zuflucht suchen. Aus seinem Aufruf „Nein zum Krieg in der Ukraine!“ zitiere ich auszugsweise:

Wir fordern von der russischen Regierung, sofort alle Kampfhandlungen einzustellen und alle Truppen aus der Ukraine zurückzuziehen. Eine Zuspitzung der Konfrontation zwischen Russland und NATO muss auf jeden Fall vermieden werden. Wir befürworten die Aufnahme von Verhandlungen, bevor das Leid noch größer wird.

Wir erleben, dass auch hier in Deutschland unter dem Eindruck des Krieges die Aufrüstung und Militarisierung unseres Lebens vorangetrieben wird.

„Unsere Solidarität und Unterstützung gilt insbesondere allen, die sich dem Kriegseinsatz verweigern oder desertieren. Sie müssen geschützt werden.“, so heute Rudi Friedrich von Connection e.V. „Unsere Solidarität und Unterstützung gilt auch allen, die auf welcher Seite auch immer gegen den Krieg aufstehen, zivilen Widerstand leisten und das sofortige Ende des Krieges einfordern.“

„In den letzten Jahren kamen mehrere Hundert Verweigerer aus allen Teilen der Ukraine nach Deutschland“, ergänzt Rudi Friedrich, „um hier Schutz vor einem Kriegseinsatz zu finden. Die meisten wurden in den Asylverfahren abgelehnt und so einem erneuten Kriegseinsatz ausgeliefert. Das ist ein Skandal, der sich nicht wiederholen darf.“

Wir fordern Deutschland und die Europäische Union auf, Flüchtlinge aus der Konfliktregion unbürokratisch und dauerhaft aufzunehmen.

Krieg ist ein Verbrechen. Deshalb fordern wir alle, insbesondere aber die russischen Soldaten und Soldatinnen, auf, ihre Waffen niederzulegen. Wir fordern die Regierenden der am Krieg beteiligten Staaten auf, das Menschenrecht auf Kriegsdienstverweigerung zu gewährleisten.

Zugleich fordern wir von Deutschland und der Europäischen Union: Kriegsdienstverweigerer und Deserteure, sowohl von russischer wie ukrainischer Seite, brauchen Asyl.

Mir ist es ein wichtiges Anliegen, dass Geflüchtete aus der Ukraine unbürokratisch aufgenommen werden und dass z.B. Kriegsdienstverweigerung als Asylgrund anerkannt wird.

Ich würde mich sehr freuen, wenn Sie sich weiter informieren und diese genannten Anliegen unterstützen.

Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit und wünsche Ihnen trotz allem ein schönes sonniges Wochenende.

Achim Schmitz, 05.03.2022